

Die Gleichung hat zwei Seiten

Text Richard Brunhart, brunhart@freieliste.li Illustration Jürgen Schremser

Der Staat muss sparen, lautet der Konsens, denn die Staatseinnahmen sind deutlich zurückgegangen und Steuererhöhungen darf es nicht geben – selbst wenn der Einnahmerückgang zu einem grossen Teil «selbstverschuldet» sein sollte. Auf dem Spiel stehen alle Leistungen des Staates, paradoxerweise weil alle ihre Berechtigung haben.

Ob sich der Landtag zu einem grossen Teil die Probleme mit dem Haushalt selbst eingebrockt hat, sollte die Beantwortung einer Interpellation der Freien Liste zu den Auswirkungen der 2010 beschlossenen Steuerreform zeigen. Diese Interpellation hat die Fraktion im September-Landtag eingereicht, da der Eindruck entstanden ist, dass der Anteil der Staatseinnahmen an der Produktionsleistung des Landes rückläufig ist. Das Bruttoinlandprodukt Liechtensteins ist nach dem Einbruch 2009 wieder deutlich gestiegen, zeigen die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung für das Jahr 2010 und die Schätzrechnung für das Jahr 2011. Die Steuereinnahmen konnten sich dagegen nur aufgrund von Einmalwirkungen in etwa auf dem Niveau vor der Finanzkrise halten.

Trotzdem wird vehement gegen Steuererhöhungen, die möglicherweise nur eine Anhebung auf das frühere Niveau wären, argumentiert. Doch wenn die Steuerzahler nicht stärker in die Pflicht genommen werden dürfen, in welchen Bereichen sollte der Staat sparen? Der Landtag hatte schliesslich in der Vergangenheit offenbar jeweils gute Argumente gefunden und jeder Ausweitung der Staatstätigkeit beziehungsweise grösseren Staatsbudgets zugestimmt.

Die meisten staatlichen Leistungen haben auch ihre Berechtigung. Wie Jörg Bogumil, Inhaber des Lehrstuhls Öffentliche Verwaltung, Stadt- und Regionalpolitik an der Ruhr-Universität Bochum, im Aufsatz «Staatsaufgaben im Wandel» schreibt, gibt es kaum eine gesellschaftliche Aufgabe, die nicht irgendwo schon einmal

entweder staatlich oder privat organisiert worden wäre. «Offenbar lassen sich keine durchgängig plausiblen Abgrenzungskriterien zwischen öffentlichen und privaten, hoheitlichen, nicht-hoheitlichen und gewerblichen Aufgaben ausmachen. Die Frage, welche Aufgaben der Staat zu erledigen hat, scheint damit vor allem eine politische Frage zu sein.»

Eine Frage des Wertes

Die Staatsausgaben sind wohl überproportional gewachsen. Vielleicht sind aber auch die Aufgaben – verschiedene öffentliche Güter wie Sicherheit, Infrastruktur, eine intakte Umwelt und ähnliches bereitzustellen – relativ wichtiger geworden. Und auch eine zweite Aufgabensparte, den sozialen Frieden zu bewahren, beziehungsweise für eine gleichere Verteilung von Einkommen zu sorgen, scheint nicht weniger bedeutend geworden zu sein. Insbesondere die Chancengleichheit über freien Zugang zu Bildungseinrichtungen, beziehungsweise über Stipendien zu stärken, ist zentral. Billiger wird Bildung wohl nicht, wenn die Bildungswege immer länger werden.

Trotzdem bleibt angesichts der schwindenden Staatsfinanzen die Forderung nicht aus, dass alle einen Beitrag leisten, beziehungsweise auf staatliche Leistungen verzichten sollen. «Arbeit muss sich lohnen», lautet ein zentrales Argument jener, die für einen Staat mit wenigen Umverteilungsmechanismen votieren. Mit etwas Zynismus kann man dem entgegen, dass Frauen seit Jahrzehnten gleichen Lohn für gleiche Arbeit fordern, ohne durchschla-

genden Erfolg. Arbeit lohnt sich eben nicht für alle gleich. Wie viel jene von der Staatstätigkeit profitieren, die sie hauptsächlich finanzieren, müsste auch in der Überlegung miteinbezogen werden.

Lohnen müssen sich auch die Staatsausgaben. Dass der Staat nicht immer effizient arbeitet, ist keine neue Erkenntnis. Ein Trugschluss wäre aber beispielsweise anzunehmen, Unternehmen auf der anderen Seite würden auf das Allgemeinwohl unter anderem die Umwelt achten, wenn nicht entsprechende Gesetze und Kontrollmassnahmen durch Ämter sie dazu anhalten.

Lohnt sich exzessives Sparen?

Welche Aufgaben der Staat in welcher Ausmass übernehmen soll, lässt sich nur von Fall zu Fall beurteilen. Und vielleicht wird sich dann insgesamt zeigen, dass sich exzessives Sparen nicht lohnt. Vergliche mit anderen Ländern – selbst mit solcher die einen nur relativ schwach ausgebauten Sozialstaat wie die USA haben – würde jedenfalls noch viel Potential sogar für einen steigenden Staatsanteil bestehen. Möglicherweise wird für den Einzelnen insbesondere für bestimmte Einkommensklassen die Belastung steigen. Dass sich die Staatsausgaben dann nicht mehr lohnen muss allerdings nicht daraus folgen. Staatsausgaben und deren Finanzierung gilt es gleichzeitig in einer Kosten-Nutzen-Überlegung zu betrachten. Von einem festen Budget aufgrund der Steuereinnahme auszugehen und bis zu diesem Limit zusammenzukürzen kann kaum der richtige Weg sein. ■



Ein Staat im 21. Jahrhundert